

(Auszug aus den)

Beschlüssen Nr. 437 - 462

der 19. ordentlichen, öffentlichen Sitzung
der Bezirksverordnetenversammlung Steglitz-Zehlendorf von Berlin

am 17.09.2003

Drucksache Nr. 856/II (neu)

Antrag der Fraktionen FDP und CDU
Entfernung von Kastanienlaub im
öffentlichen Bereich

Beschluss Nr. 456

Die BVV hat beschlossen:

Das Bezirksamt wird ersucht, auch in diesem Jahr wieder Sozialhilfeempfänger zum Einsammeln des von der Miniermotte befallenen Kastanienlaubes heranzuziehen.

Das Bezirksamt hat bis zum Dezember 2003 zu berichten, wie viele Sozialhilfeempfänger angefordert, wie viele tätig wurden, wie viele die Arbeit abgelehnt haben und in wie viel Fällen die Sozialhilfe daraufhin gekürzt wurde.

Stellv. Bezirksverordnetenvorsteherin

17.09.2003

Berlin, den 03. Februar 2004

Vorlage zur Kenntnisnahme
für die Sitzung der Bezirksverordnetenversammlung

BN 456

Gegenstand der Vorlage: Einsatz von Sozialhilfeempfängern bei der Entfernung von Kastanienlaub ('Miniermotten-Aktion')

Berichterstatter: Bezirksstadtrat Wöpke

Die Bezirksverordnetenversammlung hat auf ihrer Sitzung am 17. September 2003 unter Beschluß-Nr. 456 das Bezirksamt ersucht, auch 2003 wieder Sozialhilfeempfänger zum Einsammeln des von der Miniermotte befallenen Kastanienlaubes heranzuziehen.

Das Bezirksamt solle berichten, wieviele Sozialhilfeempfänger angefordert und wieviele tätig wurden, wieviele die Arbeit abgelehnt haben und in wievielen Fällen die Sozialhilfe daraufhin gekürzt wurde.

Angefordert wurden Sozialhilfeempfänger von der Berliner Stadtreinigung (BSR) und dem Naturschutz- und Grünflächenamt ohne zahlenmäßige Begrenzung.

Insgesamt wurden daraufhin 239 Sozialhilfeempfängern Arbeitseinsätze mit einem Gesamtumfang von 9760 Arbeitsstunden zugewiesen.

Zum Einsatz erschienen insgesamt 55 Personen, von denen 33 die Arbeit auch tatsächlich beendet, 22 Personen jedoch vorzeitig abgebrochen haben.

Abgeleistet wurden dabei immerhin insgesamt 2.326 Arbeitsstunden bei der Beseitigung von Kastanienlaub.

40 Arbeitseinsätze wurden nachvollziehbar entschuldigt nicht wahrgenommen.

Eine Vielzahl von Fällen unentschuldigtem Fernbleibens befinden sich, da die Einsätze erst am 08. Dezember 2003 beendet wurden und die Rückläufe der Einsatzstellen nicht immer zeitnah vorlagen, noch in der Prüfung; Sozialhilfeempfänger wurden hierzu angehört - bei einigen wurden bereits Ermahnungen ausgesprochen, bei anderen zum Beispiel das Gesundheitsamt zur Klärung eingeschaltet.

Bis heute wurden als Folge von unentschuldigtem Fernbleiben in fünf Fällen die Sozialhilfe gekürzt, in drei Fällen ganz eingestellt.


Weber
Bezirksbürgermeister


Wöpke
Bezirksstadtrat